

[Diesen Artikel drucken](#) | [Dieses Fenster schließen](#)

EU baut Barrieren für Unternehmen im Binnenmarkt ab

Dienstag, 19. Februar 2008, 15:52 Uhr

Straßburg (Reuters) - Der Warenhandel innerhalb der Europäischen Union soll durch den Abbau rechtlicher Hürden Auftrieb bekommen.

Die EU-Mitgliedsländer und das Europäische Parlament sind sich über ein Gesetzespaket einig, mit dem unter anderem die EU-weite Genehmigung von Industriegütern vereinfacht wird. "Das ist ein qualitativer Sprung für den Binnenmarkt", sagte der deutsche EU-Industriekommissar Günter Verheugen bei einer Debatte im Europäischen Parlament in Straßburg am Dienstag. Die Förderung des Binnenhandels sei der wichtigste Beitrag, den die EU zu mehr Wachstum und Beschäftigung leisten könne.

Es wird damit gerechnet, dass das Parlament am Donnerstag das Paket in erster Lesung verabschiedet. Parlamentarier sagten, sehr selten sei eine Regulierung so rasch und unstrittig unter Dach und Fach gebracht worden. Die Kommission hatte ihren Vorschlag vor knapp einem Jahr veröffentlicht. Die neuen Regelungen gelten für 22 Industriebranchen mit einem Marktvolumen von 1,5 Billionen Euro.

Vor allem kleine und mittlere Unternehmen lassen sich nach Erkenntnissen der EU durch nationale Genehmigungsverfahren davon abschrecken, ihre Produkte im EU-Ausland anzubieten. Hier soll Abhilfe geschaffen werden, indem die Erlaubnis zum Verkauf eines Produktes eines EU-Landes auch in den anderen Ländern anerkannt wird. Künftig müsste nicht mehr der Hersteller nachweisen, dass er die Vorschriften jedes einzelnen Landes einhält. Stattdessen müsste ein Mitgliedstaat begründen, warum ein Produkt aus einem anderen Land nicht vermarktet werden darf. Dies gilt für Waren, die nur nach einer nationalen Vorschrift zugelassen sind. Etwa ein Viertel der Industrieprodukte sind davon betroffen.

Auch die Zulassung von Gütern, die bereits EU-weit harmonisierten Regeln unterliegen, soll vereinfacht werden. Bei Produktinformationsstellen in allen Mitgliedstaaten können sich die Firmen über alle relevanten Vorschriften informieren. Die Mitgliedsstaaten sollen künftig stärker bei der Überwachung der Sicherheit von Produkten durchgreifen können. Die bisher sehr unterschiedliche Qualität der Arbeit der zuständigen Behörden in den Mitgliedsländern müsse verbessert werden, sagte Andre Brie von der Fraktion Vereinigte Linke, der das Paket mit durch das Parlament gesteuert hatte.

Die Verbraucher in Europa werden sich aber weiterhin durch viele verschiedene Gütesiegel hindurchfinden müssen. Neben dem umstrittenen europäischen Sicherheitszeichen CE werden nationale Siegel wie das deutsche GS-Zeichen beibehalten. Während die in Deutschland übliche Bezeichnung "Geprüfte Sicherheit" von unabhängigen Prüfstellen vergeben wird, kann ein CE-Zeichen jeder Hersteller in eigener Regie anbringen. Das Parlament forderte die EU-Kommission auf, sich dieser Frage weiterhin anzunehmen. Die Verbraucher müssten schnell und unkompliziert beurteilen

können, ob ein Produkt auf seine Sicherheit hin überprüft wurde, erklärte der CDU-Europaabgeordnete Andreas Schwab. "Ich bin fest entschlossen, das System der heutigen CE-Kennzeichnung grundlegend auf den Prüfstand zu stellen", versprach Verheugen. Eine Reform sollte noch vor den Europawahlen Mitte 2009 abgeschlossen werden.

Reuters 2007. Alle Rechte vorbehalten. Jede weitere Veröffentlichung oder Verbreitung von Reuters-Daten, etwa durch Framing oder ähnliche Methoden, ist ohne die vorherige schriftliche Zustimmung von Reuters ausdrücklich verboten. Reuters und das Reuters-Logo mit der Sphäre sind eingetragene Warenzeichen oder Warenzeichen der Reuters Group of Companies weltweit.

Reuters-Journalisten sind dem Redaktionshandbuch von Reuters (Reuters Editorial Handbook) verpflichtet, das eine faire Darstellung und Offenlegung relevanter Themen vorschreibt.